

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/024

Chronik vom 28. Mai 1949 bis zum 21. September 1949

28.05.1949

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 28. Mai 1949 (x112/706): >>... Als sich im Herbst vorigen Jahres durch den Erlaß des amerikanischen Einfuhrverbots sowjetisch lizenzierter Druckerzeugnisse in die Westzonen auch für den Buchhandel die Blockade endgültig auswirkte, da war mehr zerstört als nur die wirtschaftliche Einheit eines gesamtdeutschen Produktionszweiges: das Buch als Repräsentant deutschen Geistes war in weiten Absatzgebieten enturzelt, das freie deutsche Wort im Westen Deutschlands verboten.<<

30.05.1949

SBZ: In Ostberlin verkündet der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten soll (x105/306): >>Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. ... Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.<<

BRD: Der deutsche CDU-Politiker Ludwig Erhard (1897-1977) erklärt am 30. Mai 1949 in Köln (x112/707): >>... Die zwischenstaatliche Wirtschaft muß genauso von den Verkrustungen der Zwangswirtschaft, der staatlichen Reglementierung befreit werden, wie die einzelnen Nationalwirtschaften.

Dies ist besonders im Interesse der Wirksamkeit der Marshall-Hilfe notwendig, denn hier zeigt sich, daß es den beteiligten Ländern oft mehr auf einen möglichst großen Anteil an den Lieferungen als auf einen aufrichtigen Geist der europäischen Zusammenarbeit ankommt. Die Verteilung der Marshall-Plankredite an die einzelnen Länder birgt die Gefahr in sich, daß eine Entwicklung eingeleitet wird, an deren Ende eine großangelegte europäische Planwirtschaft steht. Hier gilt es zu warnen und Fehlinvestitionen zu vermeiden.<<

Mai 1949

BRD: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.

Im Mai 1949 wird der ehemalige ostpreußische Gauleiter Koch, der sich damals als "Landarbeiter Berger" in der Nähe von Hamburg aufhält, von britischen Sicherheitskräften festge-

nommen.

01.06.1949

BRD: Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 1. Juni 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/543-544): >>1. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung aus der CSR haben im Monat Mai 1949 1.145 volksdeutsche Personen die Grenze illegal überschritten.

Die Volksdeutschen treffen aus allen Teilen der CSR zunächst in einem Sammellager in Eger ein und werden dort in Einzeltransporten, deren Stärke sich zwischen 30 und 100 Personen beläuft, in der Regel wöchentlich zwischen Dienstag und Freitag, an die Landesgrenze gebracht und über diese vornehmlich im Bereich der Grenzpolizeiposten Neuhausen und Wildenau abgeschoben.

Die Flüchtlinge sind nach wie vor mit wenigen Ausnahmen ohne Zuzugsgenehmigung. Ein Flüchtling mit Namen M., der am 29.4.49 illegal die Grenze überschritt, hatte ... eine Zuzugsbescheinigung bei sich, die er angeblich im April 1948 ... in Asch/CSR von einer ihm unbekannt Person für 500 Kronen käuflich erwarb.

Der Besitz des Entry-Permits neben der Zuzugsgenehmigung wurde bisher nur in einigen Fällen bei den mit der Eisenbahn über Schirnding einreisenden Volksdeutschen festgestellt.

2. Bekanntlich sträuben sich die Flüchtlinge verständlicherweise mit allen Mitteln gegen eine Zurückweisung, und die Situationen, die sich hierbei ergeben, sind alles andere als erfreulich. Außerdem dürfen keine Zweifel darüber bestehen, daß alle zurückgewiesenen Flüchtlinge über kurz oder lang an anderen Stellen die Grenze überschreiten. Es handelt sich hier um ein schon oft dargelegtes Problem, das nicht von der Grenzpolizei gelöst werden kann, sondern mit dem sich das Land Bayern und die damit befaßte Flüchtlingsverwaltung zurechtfinden muß. ...<<

06.06.1949

SBZ: Der evangelische Bischof Dibelius kritisiert am 6. Juni 1949 die linksradikale Politik in der sowjetischen Besatzungszone (x112/710): >>... Ernste Sorge mache die Entheiligung des Sonntags, die Behinderung des Religionsunterrichts, die Beeinflussung der Schule "im anti-christlichen Sinne".<<

07.06.1949

BRD: Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Erik Nölting (1892-1953, SPD-Politiker) erklärt am 7. Juni 1949 im Landtag (x112/710): >>Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Tagen in Bonn aus der Taufe gehoben worden. Mir will scheinen, meine Damen und Herren, die Aufhebung der Demontagen wäre das passendste Patengeschenk. ...<<

12.06.1949

BRD: Konrad Adenauer schreibt am 12. Juni 1949 an den US-Manager Dannie N. Heine-mann (x095/90-92): >>... 1.) Die Pariser Konferenz wird mit größter Wahrscheinlichkeit völlig oder ungefähr negativ ausgehen. Das ist gut so. Jede Verbindung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland würde, solange dieses Ostdeutschland nichts anderes als ein Satellit Sowjet-Rußlands ist, die Macht der Sowjets in Deutschland stärken.

2.) Das Ausscheiden von General Clay ist allgemein von uns bedauert worden. Er hatte sich ... vorzüglich eingearbeitet. Er ist ein kluger Mann. Kennen sie seinen Nachfolger, Herrn McCloy? Wenn sie ihn kennen, so weisen Sie ihn bitte auf mich hin.

3.) Die Europäische Union, der Zusammenschluß Westeuropas, ist eine nicht sehr aussichtsreiche Angelegenheit, weil anscheinend England, wohl im Hinblick auf seine Dominien (frühere Teile des Commonwealth), einen wirklichen Zusammenschluß verhindert. Das europäische Parlament z.B., das vorgesehen ist, soll nur ein Mal im Jahre einen Monat lang tagen. Es kann nur konsultative Beschlüsse fassen. Meines Erachtens muß Amerika mit größter Energie darauf dringen, daß es wirklich zu einer Europäischen Union kommt. Es ist sonst Westeuropa

gegenüber Asien nicht zu halten.

4.) Die wirtschaftliche Lage in Deutschland betrachte ich mit einer gewissen Besorgnis. Es mangelt uns an Kapital. Dadurch kommt die Wirtschaft ins Stocken, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

5.) Die Bundestagswahlen sind am 14. August. Ihr Ausgang ist von größter internationaler Bedeutung. Wenn sie für die Sozialdemokratie erfolgreich verlaufen, wird eine sozialistische deutsche Regierung in Abhängigkeit sein von der sozialistischen englischen Regierung. Beide zusammen werden dem neuen Europa ein sozialistisches Gesicht geben.

Die Labour-Party unterstützt gutem Vernehmen nach die deutsche Sozialdemokratie mit großen Geldmitteln. Die englische Regierung hat die öffentliche Meinung in der britischen Zone, die mehr als die Hälfte der drei Zonen umschließt, fast ganz in die Hände der Sozialdemokraten gespielt. Das gilt sowohl vom Rundfunk, wie von den Nachrichtenagenturen, wie vom Zeitungswesen.

Wenn es ihrer Überzeugung entspricht, so machen Sie bitte maßgebende amerikanische Kreise darauf aufmerksam, daß die CDU, meine Partei, demokratisch, fortschrittlich und sozial, aber nicht sozialistisch ist, daß die amerikanischen Stellen der Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Briten entgegenwirken müssen. ...<<

20.06.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtet am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

Frankreich: Der Außenministerrat der Siegermächte beschließt während einer Konferenz in Paris (3. Mai bis zum 20. Juni 1949), daß die Grenzen Österreichs vom 1. Januar 1938 beibehalten werden sollen (x006/577).

22.06.1949

SBZ: Sämtliche Apotheken werden durch eine DWK-Verordnung vom 22. Juni 1949 verstaatlicht.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Apotheken" in der SBZ (x009/24): >>Alle Apotheken wurden durch Verordnung der DWK vom 22.6.1949 enteignet, alle Realrechte für erloschen erklärt. ...

Das Apothekenwesen wurde 1958 gesetzlich geregelt. Es soll nur noch "staatliche Apotheken" geben, die als öffentliche Apotheken von den Kreisen geführt werden (daneben Krankenhausapotheken, tierärztliche Apotheken und nichtöffentliche Apotheken für besonderen Bedarf staatlicher Einrichtungen, insbesondere der Nationalen Volksarmee). ...<<

29.06.1949

SBZ: Die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl schreiben am 29. Juni 1949 in einem offenen Brief an die Mitglieder der SED (x112/717): >>Ein Teil unserer Funktionäre und Mitglieder verkennen die Rolle der FDJ als der fortschrittlichsten Jugendorganisation und als Verbündete im Kampf unserer Partei.

Andere glauben unter Mißachtung der politisch notwendigen Unabhängigkeit der FDJ, sich unmittelbar kommandierend einschalten zu können. ...

(Vielmehr sei) Gewinnung und ... kühne Einbeziehung junger Menschen in die aktive und verantwortungsvolle Arbeit unserer Parteiorganisation eine Notwendigkeit.<<

30.06.1949

BRD: Die Alliierten bestätigen am 30. Juni 1949 nochmals, daß Bonn die vorläufige Hauptstadt werden soll (x115/68): >>... Es ist vorgesehen, daß die deutsche Regierung sich in Bonn niederlassen wird. Bonn wird künftig nicht mehr zur britischen Besatzungszone gehören.<<

02.07.1949

BRD: Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erläutert am 2. Juli 1949

während einer Rundfunkansprache die Ablehnung des Grundgesetzes durch den bayerischen Landtag (x112/722): >>Die Mehrheit der bayerischen Volksvertretung folgte unserem Rate zum Nein, das wir für notwendig hielten, damit Bayern im kommenden Bunde die Sache des Föderalismus mit freien Händen vertreten kann. ... (Ehard fügt hinzu,) daß wir trotz dieses Nein uns zugehörig zu dem Ganzen betrachten.<<

15.07.1949

BRD: Die CDU veröffentlicht am 15. Juli 1949 ihr Wahl- und Regierungsprogramm ("Düsseldorfser Leitsätze").

In diesem Programm wirbt die CDU vor allem für die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft (x112/728): >>Die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt ...

Es sind nicht nur wirtschaftliche und soziale Überlegungen, sondern auch politische und kulturelle Gründe, die uns veranlassen, die "soziale Marktwirtschaft" zu fördern. Wir sehen in ihr eine Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt.<<

21.07.1949

BRD: Während einer CDU/CSU-Veranstaltung im Heidelberger Schloß macht Konrad Adenauer am 21. Juli 1949 die mitteldeutsche und die Ostberliner SPD für die Teilung Deutschlands verantwortlich (x112/732): >>... Es ist eine historische Schuld der Sozialdemokratie in der Ostzone und in Berlin, daß sie den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen hat.<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt damals in seinem Tagebuch über Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede (x112/732): >>... Ich möchte wissen, was Herr Adenauer zu antworten hätte, wenn jemand ebenso laut und vernehmlich behaupten wollte, die katholische Kirche wäre am Nationalsozialismus schuldig, denn Hitler, Heß, Goebbels und viele andere Führer der NSDAP sind Katholiken gewesen.

So geht es nun wirklich nicht!<<

USA: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1949) berichtet am 21. Juli 1949: >>**Man sagt Ya statt Yes**

Sir Brian Robertson, Englands Militärgouverneur für Deutschland, fand dieser Tage ein dor-niges Telegramm auf seinem Schreibtisch:

"Amerikaner deutschen Ursprungs legen gegen Demontage deutscher Fabriken schärfsten Pro-
test ein. Fortgesetzter Abbau der Fabriken bürdet dem amerikanischen Volk weitere Opfer
auf."

Absender die Wählervereinigung der Amerikaner deutscher Herkunft in New York.

Diese Vereinigung besteht schon seit vielen Jahren. Auch die Amerikaner polnischer, irischer
oder italienischer Herkunft haben solche Gemeinschaften. In der amerikanischen Politik spre-
chen sie nicht selten ein gewichtiges Wort mit. Besonders vor den Präsidentenwahlen. Da spa-
ren die Parteien nicht mit Zugeständnissen und Versprechungen.

Seit den letzten Novemberwahlen holte auch die Wählervereinigung der Deutschamerikaner
an kriegsverlorenem Einfluß wieder auf. Wahlanalytiker wollten wissen, daß die Demokraten
ihren Wahlsieg zum mindesten in einigen Staaten den Deutschamerikanern zu verdanken ha-
ben. Harry S. Truman müsse sich wenigstens zum Teil bei den Deutschamerikanern bedan-
ken, daß er im Weißen Hause sitze.

Dessen war sich Harry auch wohl bewußt. Noch am Vorabend der Wahl beehrte er die Ein-
weihungsfeier eines deutschamerikanischen Turnerheims mit einem betont herzlichen Tele-
gramm und mit freundlichen Versprechungen.

Die Mehrzahl der Deutschamerikaner kehrte denn auch zur alten Tradition zurück: sie wählte demokratisch. Nur in der Roosevelt-Ära stimmten die Deutschblütigen republikanisch. Die deutschfeindliche Haltung des Präsidenten und seiner Clique verstimmte sie.

Die Deutschamerikaner lehnten es immer ab, sogenannte Bindestrich-Amerikaner zu sein. Auch im letzten Krieg taten sie vorbehaltlos ihre - amerikanische - Pflicht. Die starke Assimilationskraft des amerikanischen Bodens formte sie zu Amerikanern. Nicht ganz so schnell wie die britisch geborenen Neubürger, jedoch schneller als Italiener und Iren.

Selbst Hitler nahm sie nicht als Volksdeutsche in Anspruch. Und Goebbels wies die Flugblattverfasser der Wehrmacht an, keine Sonderausgabe für die Deutschamerikaner jenseits der HKL zu drucken. Er wußte, es war zwecklos.

Dennoch pflegen die Müllers und die Schulzes, die Neumanns und Hubers selbst im großen Menschenkessel New York - wie eine Erinnerung an eine verklungene Welt - die alten deutschen Bräuche. Erst kürzlich holten sie die vor acht Jahren eingemotteten Trachten zum erstenmal wieder aus den Schränken und demonstrierten vor erstaunten Amerikaneraugen die Treue zur Heimat.

Allein in New York gibt es Hunderte von deutschamerikanischen Gesangvereinen. In ungezählten deutschen Küchen brutzeln Braten nach deutscher Art. Auch Feinschmecker nicht-deutschen Geblüts wissen die hohen Leistungen der deutschamerikanischen Restaurants zu schätzen.

Eine britische Journalistengruppe beschwerte sich, als man sie auf einer offiziellen USA-Reise mitten im Kriege ausgerechnet in ein deutschamerikanisches Restaurant führte. Dort sei das Menü besser, erklärte ihnen kurz und bündig der Reiseführer des "Information Service".

Von 1683 bis 1870 zogen in Fünfzig-Jahres-Abständen immer neue Schübe deutscher Auswanderer über den großen Teich. Das war schon damals nicht leicht. Man verkaufte all sein Hab und Gut. In Le Havre wurde ein primitiver Segler gechartert. Den Strapazen der Überfahrt erlag mancher Mochtegern-Amerikaner.

In vielen Staaten, bis nach Kalifornien hin, gab es eingesprenkelte deutsche Siedlungen. Größere Gruppen der "Neukommer" gingen nach Pennsylvanien. Nicht nur aus religiösen Gründen wählten sie das Land des großen Quäkers William Penn. Die Landschaft dort erinnerte ein wenig an die alte Heimat.

Ein Zentrum dieser deutschen Siedlungen ist Lancaster im südöstlichen Pennsylvanien. Noch heute wird dort das Pennsylvania-Dutch gepflegt - eine Art pfälzischer Dialekt mit einigen englischen Brocken. Man sagt "Ya" statt "Yes".

"The Pennsylvania-Dutchman", eine Zeitschrift, die sich um die Pflege der Tradition bemüht, behauptete erst kürzlich, dieses Pennsylvania-Dutch sei durchaus eine lebende Sprache.

Die Gesellschaft "Dutch Folklore Center Inc." bemüht sich, die alten Bräuche vor dem Aussterben zu bewahren. Noch heute sind die Siedler stolz auf ihre bäuerliche Kultur. Sie besitzen "die schönsten Scheunen der Erde", behaupten die Farmer in pfälzisch formuliertem amerikanischem Superlativ. Allein in Pennsylvania leben 900.000 Amerikaner deutscher Abstammung.

Als während des Krieges Roosevelts Propagandawelle über das Land ging, mußten die Deutschamerikaner sich ducken. Nun sind sie politisch wieder recht aktiv. In vielen deutsch geschriebenen Zeitungen und Zeitschriften kritisieren sie die amerikanische Deutschlandpolitik.

Harte Töne sind nicht selten. Seit einem halben Jahr sägen und nagen sie vor allem an den Wurzeln der These von der Kollektivschuld der Deutschen und auch von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands.

So gab beispielsweise William Lemke, ein Amerikaner deutscher Herkunft, der kürzlich in Norddakota wieder in den Kongreß gewählt wurde, eine Dankesbotschaft an seine Wähler

heraus. Darin heißt es:

"Ich protestiere gegen die Hinrichtung deutscher und japanischer Persönlichkeiten. Einige von ihnen starben, da sie zuviel wußten und man ihnen den Mund verschließen mußte. Vielleicht aber wird die Geschichte dennoch alles das aufdecken, was sie von den schmutzigen Hintergründen des zweiten Weltkrieges wußten. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß unsere Flügel nicht ganz so weiß waren, wie einige unserer Kriegsverantwortlichen es so gerne wahr haben möchten."

Noch stärker ins Horn stieß Dr. Ludwig Adolphus Fritsch, ein deutschamerikanischer Pfarrer aus Chicago. Er verfaßte eine Schrift "Das Verbrechen unserer Zeit", in der Amerika zu lesen bekam:

"Deutschland wurde beschuldigt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Deshalb sind führende deutsche Persönlichkeiten hingerichtet worden. Jeder Historiker aber weiß, daß das eine große Lüge ist. Die Deutschen verfolgten lediglich das berechtigte Ziel, Europa mit friedlichen Mitteln zu retten ..."

Dr. Fritschs Attacke stieß auf starken Widerspruch. Einige Gruppen riefen nach dem Kadi. Besonders heftig protestierte die "Gesellschaft zur Verhinderung des dritten Weltkrieges", eine rußlandfreundliche Henry Wallace-Gruppe. Schon spricht man in den USA von "Neo-Nazismus", diesmal sogar im eigenen Heim. Aber der Geistliche aus Chicago nimmt für sich das Recht der freien Rede in Anspruch. Seine Schrift wandert von Hand zu Hand.

Viele Deutschamerikaner, die trotz der Depression die nötigen Dollars sparen können, wollen in der nächsten Zeit die alte Heimat wiedersehen. In den Reisebüros in Pennsylvania ist Hochbetrieb. Rhein und Neckar locken. Und außerdem möchte man sich mit eigenen Augen davon überzeugen, ob es (der) Militärgouverneur in der US-Zone richtig oder falsch macht.<<

24.07.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 24. Juli 1949 in Köln nach Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede vom 21. Juli 1949 (x112/734): >>Ich habe den Mann nach sorgfältiger Beobachtung noch nie als Persönlichkeit begriffen. ... Die Heidelberger Rede berechtigt dazu, den Namen Adenauer in "Lügenauer" umzuändern. ...<<

31.07.1949

BRD: Adenauer verspricht am 31. Juli 1949 bei seinen Wahlkampfreden, ein Ministerium für die Vertriebenenprobleme zu bilden.

08.08.1949

BRD: Das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände ("Soforthilfegesetz") tritt am 8. August 1949 in Kraft.

Es wird danach eine monatliche Unterhaltshilfe von 70 DM gezahlt (x024/239).

13.08.1949

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 13. August 1949 über die bevorstehende erste Bundestagswahl (x112/746): >>Es dürfte heute wohl nur noch wenige Einzelgänger geben, die sich der Bedeutung der morgigen Wahlen nicht bewußt sind. ... Der Anfang des eigenstaatlichen Lebens nach der Kapitulation und der Zwischenzeit des Länderaufbaus beginnt jetzt.<<

14.08.1949

BRD: In den 3 Westzonen findet am 14. August 1949 die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<

15.08.1949

BRD: Der CDU-Politiker Karl Arnold (1901-1958, von 1947-56 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) berichtet am 15. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundes-

tagswahl (x112/749): >>... Der Start für die Bundesrepublik ist gelungen, und der Grundstein für die neue Souveränität ist gelegt. Die Absage an radikale Parteien ist ein beredtes Zeichen für die Urteilsfähigkeit der deutschen Wähler.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtet am 15. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... daß die Arbeit der SPD unerhört durch die Demontagepolitik vor allem der britischen Regierung erschwert worden ist, denn zu einem guten Teil hat die CDU ihren Wahlkampf mit dem Hinweis auf dieses offenkundige Versagen sozialistischer Solidaritätsbewährung geführt.<<

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärt am 15. August 1949 vor der Presse (x112/750): >>... (daß keine) grundsätzlichen Gegensätze zwischen der FDP und der CDU/CSU bestehen, die die Bildung einer Koalitionsregierung der beiden Parteien verhindern könnten. ... Aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms (sieht er mit der SPD keine Möglichkeit der Zusammenarbeit). ...

Der Gesamtrhythmus der Größenordnung in dem Parteienergebnis hat ungefähr so erwartet werden können. Wenn man einzelne Resultate betrachtet, spürt man, daß durch die Isolierung der Flüchtlinge eine eigentliche Verschiebung nicht eintrat. Das Problem wird jetzt sein, die politische Atmosphäre der einzelnen Gruppen kennenzulernen und dann festzustellen, wo eine Verständigung auf entscheidende Fragen in der Weiterentwicklung einer deutschen politischen Selbstverständigung erreicht werden kann.<<

16.08.1949

SBZ: Ein SED-Politbeschuß vom 16. August 1949 fordert die Schaffung von Parteiorganisationen im Apparat der Partei und der "Massenorganisationen" (x009/280): >>... Im Apparat der Massenorganisationen zentral, bei den Landesvorständen und Kreisleitungen sind die Parteimitglieder zu Parteigruppen zusammenzufassen. ...

Der Apparat der Parteigruppen muß ein operatives Instrument der Parteileitung sein. ... In den Parteigruppen ist jeder Genosse, gleich welche Funktion er im Apparat hat, zuerst Mitglied der Partei ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteigruppe" in der SBZ (x009/319-320): >>Nach dem Vorbild der KPdSU werden seit 1953 in verstärktem Maße die Betriebsparteiorganisationen der SED in den Großbetrieben, staatlichen Institutionen sowie den Apparaten der SED und der Massenorganisationen in Parteigruppen untergliedert.

Der Parteigruppe gehören alle SED-Mitglieder an, die an einem gemeinsamen Arbeitsplatz, z.B. in einer Unterabteilung oder Brigade, tätig sind. In der Regel soll die Parteigruppe nicht mehr als 8 bis 10 SED-Angehörige umfassen.

Unter Anleitung eines Parteiorganisators, der die Verbindung zur SED-Betriebsgruppe herstellt, haben sie die Aufgabe, sich an ihrem speziellen Arbeitsplatz gegenseitig zu überwachen, die Arbeit sowie das Privatleben ihrer unmittelbaren Kollegen zu kontrollieren und die Durchführung sämtlicher Parteibeschlüsse auf unterster Ebene zu gewährleisten.

Die Parteigruppe soll "die führende Rolle der SED auf allen Gebieten" auf unterster Ebene verwirklichen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Massenorganisationen" in der SBZ (x009/280): >>Von der SED gesteuerte Organisationen.

Die Massenorganisationen sollen als "Transmissionsriemen" die Bevölkerung für die Verwirklichung der SED-Politik aktivieren. Mitgliedschaft in einer der Massenorganisationen gilt als Mindestmaß "gesellschaftlicher Aktivität".

Trotz teilweise vorgegebener parteipolitischer Neutralität oder parteimäßig nicht gebundener Vorsitzender werden sämtliche Massenorganisationen durch die SED, vor allem durch die hauptamtlichen Funktionäre, die überwiegend SED-Mitglieder sind, geleitet. ...<<

22.08.1949

BRD: Die "Neue Zeitung" berichtet am 22. August 1949 (x112/755): >>... Regierungskoalition ohne SPD. CDU verhandelt mit FDP und DP.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtet am 22. August 1949 über die damaligen Koalitionsverhandlungen (x112/755): >>Wenn gelegentlich noch Stimmen aus dem kommenden Bürgerblock laut werden, die für den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eintreten, dann mögen einige davon aufrichtig gemeint sein, andere sind wohl mehr taktisch bedingt und entspringen dem Bestreben, loyal und verhandlungsbereit zu erscheinen ...
Die SPD ist unverändert der Auffassung, daß die Zustimmung für einen Bundeskanzler Adenauer und einen Wirtschaftsminister Erhard eine allzu starke Zumutung für die sozialdemokratische Wählerschaft und für die sozialdemokratischen Politiker wäre, die in einer solchen Regierung arbeiten müßten.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauers Koalitionsverhandlungen nach der ersten Bundestagswahl: >>... Unbestreitbar ist, daß Adenauer während seiner Regierungszeit einen großen Teil seiner Energie, vor allem seines taktischen Raffinements, darauf verwendet hat, die föderalistischen Tendenzen der "Bundesländer" niederzukämpfen - nicht zuletzt jener Länder, die von CDU- oder CSU-Landesfürsten regiert werden.

Die Zähmung

- der bayrischen CSU unter der anfänglichen Führung des Adenauer-Gegners Dr. Josef Müller (Ochsensepp) und neuerdings unter dem ehrgeizigen Franz-Josef Strauß,
- der württembergischen CDU unter Gebhard Müller (heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts),
- der hannoverschen CDU unter dem Neutralisten Dr. Wilhelm Gereke (heute in der Sowjetzone) und
- der nordrhein-westfälischen CDU unter dem christlichen Sozialisten Karl Arnold (inzwischen verstorben) war nicht leicht - und ist bis in die Gegenwart hinein ein ständig gefährdetes Balance-Kunststück geblieben.

Die Art und Weise, wie Adenauer von vornherein diese zentrifugalen Kräfte beaufsichtigte und wie er sie mit taktischen Winkelzügen ausmanövrierte, hat die erste Regierungsbildung Adenauers beispielhaft demonstriert.

Am 14. August 1949 hatten die ersten Bundestagswahlen stattgefunden. Die CDU/CSU hatte einen knappen Sieg errungen. Ihre Fraktion zählte 139 Abgeordnete, die der SPD 131. Der Rest verteilte sich auf eine Reihe kleinerer Parteien, unter denen die FDP mit 52 Sitzen die stärkste war.

Als größte Fraktion hatte die CDU/CSU das Recht, den Bundeskanzler vorzuschlagen. Ihr Kandidat hieß unbestritten Konrad Adenauer.

Die offene Frage war, ob die CDU/CSU

- entweder eine große Koalition mit der SPD suchen (mit einer starken und aktionsfähigen Regierungsmehrheit)
- oder eine bürgerliche, kleine Koalition mit einer voraussichtlich kleinen Mehrheit anstreben sollte. (Tatsächlich wurde Adenauer schließlich von einer winzigen Mehrheit, nämlich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen - gewählt.)

Gegen eine Koalition mit der SPD sprachen vor allem ideologische Gründe. Die CDU hatte den Wahlkampf mit der Erhardschen Parole von der "sozialen Marktwirtschaft" geführt. Hätte die CDU nach dem Wahlsieg mit der SPD koalitiert, so hätte sie sich in ihrer Regierungspraxis zu Kompromissen bereit finden müssen, die mit ihrem Programm nicht übereinstimmten, und vorauszusehen war, daß bei der nächsten Wahl die bürgerlichen Wähler - von der CDU aus gesehen - nach rechts ausgewichen wären.

Neben diesen parteilichen Gründen für eine Ablehnung der großen Koalition hatte Adenauer aber auch noch persönliche Gründe - und zwar Gründe, die dem Problemfeld "Zentralismus oder Föderalismus" entstammten.

In einer ganzen Reihe von Bundesländern - so in Hessen, Nordrhein -Westfalen und Rheinland-Pfalz - gab es Länderregierungen, die sich aus CDU und SPD rekrutierten. Das Interesse der in diesen Regierungen sitzenden CDU-Politiker ging nun 1949 dahin, nach Möglichkeit zu unterbinden, daß sich innerhalb der Bundesrepublik ein Kampfzustand zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten herausbildete, der zwangsläufig früher oder später die Koalitionen und damit auch ihre Ministersessel gefährden mußte.

Unter diesem Gesichtspunkt ging es also bei der Frage, ob das erste Bundeskabinett eine CDU/SPD- oder eine bürgerliche Koalition sein solle, auch darum, ob im Rahmen der CDU entweder die Bedürfnisse der CDU-Landesverbände oder die Interessen der Bonner CDU-Zentrale den Vorrang haben sollten. Mithin: Die notwendig gewordene Entscheidung über große oder kleine Bonner Koalition war ihren Konsequenzen nach zugleich eine Entscheidung über die Alternative zwischen "Bonner Zentralismus" und dem Föderalismus der CDU-Landesverbände - und kein CDU-Politiker sah diesen Sachverhalt deutlicher als Adenauer.

Adenauer fingerte die Entscheidung in einer höchst formlosen Weise. Eigentlich hätte man erwarten müssen, daß Adenauer die Beschlußfassung über ein immerhin so folgenreiches Problem irgendeinem Parteigremium überlassen hätte. In Frage kam die CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder die von ihm - Adenauer - selbst eingerichtete Konferenz der CDU-Landesverbandsführer oder eine Versammlung, die aus beiden Gremien zusammengesetzt war.

Anstelle dieser institutionell entscheidungsbefugten Gremien berief Adenauer aber eine willkürlich zusammengewürfelte Versammlung in seine Rhöndorfer Villa. Eingeladen waren unter anderen:

- der Berliner CDU-Führer Jakob Kaiser, der, obwohl zum linken Flügel der CDU gehörend, aus persönlichen und politischen Gründen mit Schumacher verfeindet war und schon deswegen eine Koalition mit der SPD ablehnte,
- der Kanzler-Freund und Bankier Robert Pferdmenges, der damals noch nicht einmal Bundestagsabgeordneter war und in der CDU keine große Rolle spielte,
- der Oberdirektor des trizonalen Wirtschaftsrates, Pünder, und andere Funktionäre derselben Behörde, die schon aus Gründen ihres Amtes zentralistisch eingestellt waren.

Nicht in das Bild dieser vorwiegend zentralistischen, mithin zu einer kleinen Koalition geneigten Versammlung paßte der rheinpfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier. Der Koblenzer Christdemokrat, Chef einer CDU/SPD-Koalition, war entschiedener Anhänger einer großen Bonner Koalition - also eines Bundeskabinetts, das genauso zusammengesetzt sein sollte wie seine Koblenzer Landesregierung.

Aber gerade die Einladung Altmeiers war ganz offenbar ein fuchsig berechneter Schachzug Adenauers. Einerseits nämlich entlastete die Anwesenheit Altmeiers ihn, Adenauer, von dem Vorwurf, er habe bei seiner Rhöndorfer Einladung nur "Zentralisten" und Gegner der großen Koalition berücksichtigt - andererseits jedoch war der nicht eben pfiffige Altmeier von vornherein als ein sehr schlechter Anwalt der föderalistischen Interessen erkennbar. Sonderlich beweiskräftiger Widerstand war von dem Koblenzer kaum zu erwarten. Altmeier war recht geeignet, als die etwas bedauernswerte Leitfigur einer Opposition zu dienen, die Adenauer lächerlich zu machen bestrebt war.

Daß Adenauer bei der Auswahl seiner Gäste sehr wohl daran gedacht hatte, dem hantierbaren Koblenzer Landesfürsten die Funktion des Oppositionsführers zuzuschieben, wird noch durch einen weiteren Umstand wahrscheinlich gemacht. Obwohl der linke CDU-Führer Karl Arnold als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen einer der stärksten CDU-Führer auf Länderebene war, hatte Adenauer vermieden, ihn zu der Rhöndorfer Sitzung einzuladen. Offenkun-

dig hatte Adenauer von ihm allzu entschiedenen und allzu gewichtigen Widerstand erwartet. Die Entscheidung kam schließlich beim Kaffee zustande. Zwar plädierte Altmeier tapfer für eine CDU/SPD-Koalition auf Bonner Ebene, aber seine Freunde kamen - wie Dr. Pferdmeiges in einem Interview mit dem Adenauer-Biographen Weymar bezeugte - nicht zu Worte oder wurden von Adenauer beiseitegezogen und überzeugt. Auf jeden Fall, am Ende war man sich im Sinne Adenauers einig: Die kleine Koalition war beschlossene Sache.

Die Sonntags-Kaffeetafel zu Rhöndorf hatte gleichsam als regierungs-bildende Versammlung - und wenn man die Tragweite der dabei beschlossenen Lösung bedenkt: geradezu als eine Art "Konstituierende Versammlung" - fungiert. Adenauer hatte die föderalistische Struktur der Bundesrepublik mit einem Trick überspielt.

Die an diesem Beispiel eklatant sichtbare institutionelle Schwäche des Adenauer-Regimes ist bis in die Gegenwart hinein ein Makel der Bundesrepublik geblieben. Allzuoft wurde durch faule Praktiken, taktische Winkelzüge und unfaire Kniffe das ersetzt, was das Grundgesetz an zentraler Autorität nicht hergibt. Das Grundgesetz selbst geriet dabei ins Zwielicht.

Auf dem Höhepunkt des Finanzausgleichs-Streits im Parlamentarischen Rat murrte Adenauer: "Besser ein schlechtes Grundgesetz als gar kein Grundgesetz!" Bei dieser Äußerung schimmerte durch, daß Adenauer von vornherein entschlossen war, die Paragraphen des künftigen Grundgesetzes auf jeden Fall nicht tödlich ernst zu nehmen; er traute sich zu, mit seinem Repertoire an taktischen Kunstgriffen auch noch das unhandlichste Verfassungsinstrument nützlich verwenden zu können. Sein Desinteresse am Grundgesetz ging oft bis zur glatten Unkenntnis. Die Entscheidung, 1959 Bundespräsident werden zu wollen, traf er in offener Nichtkenntnis der einschlägigen Grundgesetzartikel.

Zweifellos hat die institutionelle Unsicherheit der westdeutschen Demokratie Gründe, die in der Person Adenauers liegen: in seiner Fähigkeit und mithin auch in seiner Tendenz, verfassungsrechtliche Grundsatzprobleme mittels eines Systems von Intrigen, klotzigen Vergröberungen und manchmal auch persönlichen Infamien zu lösen.

Die Intriganz Adenauers hat sicher viel dazu beigetragen, die politische und sogar die verfassungsrechtliche Stabilität der westdeutschen Demokratie zu gefährden. Indes, die Gründe für die Bedenkenlosigkeit, mit der Adenauer die politischen und rechtlichen Streitobjekte der Bundesrepublik hantierte, sind keineswegs nur in seiner persönlichen intriganten Veranlagung, sondern auch in seinen politischen Grundansichten zu suchen.

Deutschland mit dem Westen zu versöhnen, ist seit spätestens 1919 eine fixe Idee Adenauers gewesen. Unter diesem Leitgesichtspunkt betrieb er nach dem Ersten Weltkrieg die Föderalisierung des Reiches und nahm er nach 1945 die Teilung Deutschlands hin. Eine föderale Gestaltung des westdeutschen Teilstaates schien ihm, nachdem diese Teilung als Faktum sichtbar wurde, auf jeden Fall nicht mehr unbedingt notwendig.

Gleichwohl wird gelegentlich erkennbar, daß es in seiner politischen Gedankenwelt noch föderalistische Vorstellungen gibt. Diese Vorstellungen beziehen sich aber nicht so sehr auf die innere Gestaltung der Bundesrepublik als vielmehr auf die Ordnung des mitteleuropäischen Raumes. ...<<

24.08.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 24. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>Ohne diese praktische Wahlhilfe des britischen Außenministeriums und des Genossen Bevin für die CDU wären wir wenigstens formal die stärkste Partei geworden, ohne damit an der Entwicklung zum Bürgerblock etwas Beträchtliches hätten ändern (zu) können. ...<<

Die auf Bundesebene organisierten Landsmannschaften der Vertriebenen schließen sich in Bad Homburg im Verband Vereinigter Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL) zusammen, den man im Jahre 1952 in Verband der Landsmannschaften (VdL) umbenennt. Vorsitzender

des VOL wird der sudetendeutsche Politiker Rudolf Lodgman von Auen (1877-1962).

25.08.1949

SBZ: Der 4. Pädagogische Kongreß beschließt am 25. August 1949 "Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule" (x112/758-759): >>... Für die Festigung und den Ausbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist die entschiedene Weiterführung der demokratischen Schulreform von wesentlicher Bedeutung. ... (Die SED fordert) Erziehung der Jugend zu einem demokratischen Nationalbewußtsein ... zu einer neuen Sittlichkeit und Arbeitsdisziplin als Voraussetzung für eine bewußte Einordnung in die neue Gesellschaft. ...

Als Glied der demokratischen Einheitsschule hat der Kindergarten heute zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen.

1. Als organische Vorstufe der Schulerziehung führt er die Kinder zur Schulreife. ...
2. Die verstärkte Beteiligung der Frauen am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ist eine wesentliche Voraussetzung zu ihrer Gleichberechtigung.

Der Kindergarten fördert durch die Entlastung der arbeitenden Frauen diese Entwicklung.<<

BRD: Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet am 25. August 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/544): >>Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet, daß im Bereich der Grenzpolizeistelle Rehau am 22.8.1949 gegen 17 Uhr von den Tschechen 38 sudetendeutsche Flüchtlinge und etwa 15 Kinder bei Mähring über die Grenze nach Bayern abgeschoben worden sind.

Es handelt sich durchweg um Sudetendeutsche aus dem Bezirk Freiwaldau/CSR, die in der Mehrzahl noch bis unmittelbar vor ihrer Ausweisung in ihren ursprünglichen Wohnungen lebten. Unter den Flüchtlingen befanden sich auch alte, gebrechliche Leute und Säuglinge. Die Personen wurden von Freiwaldau mit der Eisenbahn bis Eger und anschließend mittels LKW bis an die bayerische Grenze gebracht; sämtliches noch im Besitz befindliche Geld wurde ihnen an der Grenze durch die Tschechen abgenommen.

Die früheren Transporte wurden in der Regel entweder am tschechischen Zollhaus oder am alten Wasserwerk bei Neuhausen durchgeführt, während die eingangs erwähnte "Aussiedlung" erstmals bei Mähring erfolgte. Es wird deshalb angenommen, daß sich die tschechischen Grenzbehörden an die früheren Vereinbarungen nicht mehr halten.

Dem Bericht des BLGP-Kommissariats Hof zufolge versuchen nunmehr die tschechischen Behörden die ... Abmachungen, wonach nur bei Wildenau und Neuhausen wöchentlich höchstens 80 Flüchtlinge über die Grenze gebracht werden und diese Zahl auf keinen Fall vergrößert würde, dadurch zu umgehen, daß sie auch an anderen Grenzstellen mit dem Abschieben von Sudetendeutschen beginnen.<<

28.08.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 28. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... Es ist nicht die Frankfurter Wirtschaftspolitik, die uns im Wahlergebnis so sehr geschadet hat, als vielmehr die kämpfende Kirche, die nicht sehen will, daß hier ein deutsches Staatswesen neu entstehen soll, sondern die die Neuregelung und Ausweitung der kirchlichen Rechte im Auge hat.<<

30.08.1949

BRD: Der "Sozialdemokratische Pressedienst" veröffentlicht am 30. August 1949 die Dürkheimer Erklärung.

In dieser Mitteilung des SPD-Parteivorstandes vom 30. August 1949 heißt es (x112/763): >>... Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwört die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deut-

sche Demokratie zerstört wird.<<

August 1949

SBZ: Im August 1949 werden in der gesamten sowjetischen Zone verstärkt Arbeiterfamilien für den Uranbergbau in den Erzgebirgskreis Aue zwangsweise umgesiedelt.

Es handelt sich bei diesen "Umgesiedelten" vor allem um reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene.

Jugoslawien: Im berüchtigten Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz werden im August 1949 wieder mehrere deutsche Offiziere zu Tode gefoltert, weil sie keine Kriegsverbrechen gestehen wollen, die sie nicht begangen haben (x130/229).

Gefangene Wehrmachtsoffiziere berichten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die Folterungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/217,227-229): >>Eines Nachts hörte ich die ersten Schreie. Ich habe in meinem Leben viele Menschen vor Schmerzen schreien hören. Aber dieses Schreien in dunkler Nacht, das in Wimmern überging, um dann plötzlich wieder zu einem langgezogenen Ton anzuschwellen, hatte ich bisher noch nicht gehört.

Das war systematisches Quälen und Foltern von Menschen, wie es in den Folterkammern der Inquisition, vielleicht auch in Hitlers Konzentrationslagern geschah. ...<<

>>... Stundenlang hörten wir die Geräusche der Prügelei, oft höhnisches Gelächter der Vernehmenden, lautes, immer stärker werdendes Stöhnen, Röcheln, und dann wieder lautes Schreien der unter fürchterlichen Schmerzen gequälten Kameraden. ...

(General Gerhard Henke:) Ich wurde scharf nach rückwärts gefesselt und im barbarischen Ton aufgefordert, mich mit dem Bauch auf den Tisch zu legen. Einer der Vernehmer riß mich am Oberarm über den Tisch. Mein rechtes Knie schlug schwer gegen die Tischkante. Man band meine beiden Fußgelenke mit einem Strick zusammen, zog die Füße nach rückwärts hoch und knotete sie scharf an die auf dem Rücken gefesselten Hände.

Der Strick wurde dann weiter um den Hals geführt und auf dem Rücken wieder irgendwo zusammengebunden. Sie warfen mich nun wie ein lebendiges Paket vom Tisch auf die Erde hinunter. Ich schlug mit dem Brustkorb, den Knien und dem Kinn schwer auf.

Halb betäubt hörte ich, wie meine Peiniger auf Serbisch etwas besprachen. Ich erwartete die ersten Schläge. Aber sie hatten sich noch eine andere Gemeinheit ausgedacht. Sie stülpten einen Schemel um und legten mich mit Brust und Bauch auf die vier Schemelfüße. Mein Kopf hing vorn herunter. Dann schlugen zwei mit Knüppeln ununterbrochen mit voller Wucht auf Rücken und Füße. Ein schneidender Schmerz vom linken Fuß ausgehend zog durch den ganzen Körper. Auch bohrten sich die Schemelbeine mit jedem Schlag in die Lenden.

Ob ich gebrüllt oder gestöhnt habe, weiß ich nicht. Die weiteren Schläge fühlten sich immer dumpfer an. Dann verlor ich das Bewußtsein. ...

(Oberleutnant Dr. Martin Speer:) Dieser hatte aus seiner christlichen Einstellung heraus abgelehnt, immer weiter erfundene Greuelthaten anzugeben. Dafür wurde er, wie Augen- und Ohrenzeugen erzählten, so lange geschlagen und an den Händen aufgehängt, bis er gestorben ist. ... (Hauptmann) Föhner betete und rief zu Gott, sein Anblick war furchtbar. Die rechte Gesichtshälfte war fast gänzlich verkrustet mit Blut. In seinem Blick saß Angst, Verzweiflung, Entsetzen. ...

Er rief in seiner Not wieder Gott an. Zwei der Jugoslawen packten F., dessen Hände gefesselt waren und spannten ihn über das Bett. Die zusammengebundenen Arme legte man über die oberen Pfosten und die Füße band man mit Draht an den unteren Pfosten fest. Die vordere Körperseite war dem Erdboden zugewandt.

Einer nach dem anderen sprang ihm nun auf den Rücken. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die extremen Mißhandlungen im jugoslawischen Kriegsgefangan-

genenlager 233 in Werschetz (x130/219,240): >>Lassen sich die Übergriffe in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende notfalls noch aus dem Siegestaumel heraus erklären, wenn auch damit keineswegs entschuldigen, so kann das in keinem Falle für die methodische Handlungsweise jugoslawischer Organe in Werschetz 1949, insbesondere für die dort begangenen schweren Folterungen und die dadurch verursachten Todesfälle, gelten.

Das kann um so weniger für die Werschetzer Vorgänge gelten, als es der jugoslawischen Gewahrsamsmacht vier Jahre nach Kriegsende hätte möglich sein müssen, bei allen für die Kriegsgefangenen zuständigen Stellen auf die Beachtung der Artikel 60 bis 67 des Genfer Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 hinzuwirken. ...

Schon die Umstände, unter denen bereits vor Beginn der Werschetzer Prozesse drei profilierte Persönlichkeiten unter den Gefangenen gewaltsam ums Leben kamen, deuten auf eine Verschärfung der Situation hin, deren Ursprünge nicht zuletzt in der Haltung der jugoslawischen Regierung der Kriegsgefangenenfrage zu suchen sind. ...<<

>>... Wie viele Kriegsgefangene den Folterungen unmittelbar oder an deren Folgen während der Strafverbüßung erlegen sind, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die von Heimkehrern am häufigsten genannten Zahlen bewegen sich zwischen 50 und 60 Todesfällen. Diese Unge-
wißheit resultiert einmal aus der Tatsache, daß die Umstände, unter denen sich die Ereignisse abspielten, den Gefangenen keinen Einblick in das Gesamtgeschehen erlaubten; zum anderen daraus, daß der Werschetzer Lagerarzt, der frühere Oberfeldarzt und Neurologe Dr. Joachim Rost, der die mißhandelten Gefangenen versorgt hat und die einzelnen Todesfälle hätte registrieren können, nach seinen eigenen Angaben gegenüber Mitgefangenen gezwungen war, die wahre Todesursache im Einzelfall zu verschleiern. ...

In einer Reihe von Fällen ist es indessen durchaus möglich zu beweisen, daß der Tod von Kriegsgefangenen eine unmittelbare Folge der Mißhandlungen gewesen ist.<<

04.09.1949

BRD: Die Katholische Kirche kritisiert am 4. September 1949 zum Abschluß des Katholikentages die damalige ungerechte Eigentumsverteilung (x112/766): >>Die gegenwärtige Eigentumsverteilung widerspricht der sozialen Gerechtigkeit und gefährdet die Einrichtung des privaten Eigentums überhaupt. ...

Übergroße, das Gemeinwohl bedrohende wirtschaftliche Macht in den Händen Einzelner muß aufgelöst werden.<<

07.09.1949

SBZ: Die SED gründet am 7. Oktober 1949 die Nationale Front.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Gründung der "Nationalen Front" (x009/302): >>Gegründet am 7. Oktober 1949, hervorgegangen aus dem Volkskongreß.

Die Nationale Front soll als "breiteste Massenbewegung" auch die Teile der Bevölkerung politisch beeinflussen und aktivieren, die sich allen anderen Organisationen entziehen konnten. Ohne individuelle Mitgliedschaft baut sie ihre Organisation auf den Haus- und Hofgemeinschaften auf und verfügt auf allen Ebenen des Systems über sog. Ausschüsse und Aktive. ... Der weitaus wichtigere Apparat der Nationalen Front besteht überwiegend aus SED-Funktionären ...

Das Programm der Nationalen Front ist die allgemeinste Formulierung der SED-Politik und ist - als "genereller Volkswille" verstanden - für alle anderen Parteien und die Massenorganisationen bindend. Zu seiner Verbreiterung veranstaltet die Nationale Front regelmäßige "Aufklärungseinsätze" und unterhält eine Anzahl von Aufklärungslokalen (Agitation). Die Nationale Front nimmt zunehmend die früheren Aufgaben des "Demokratischen Blocks" (Blockpolitik) wahr; in ihrem Namen werden z.B. die Einheitslisten zu den jeweiligen Wahlen aufgestellt und die Kandidaten für die Richter- und Schöffenwahlen benannt. ...

Die ursprüngliche gesamtdeutsche Zielsetzung der Nationalen Front, "Sammlung aller aufrechten Deutschen zum Kampf um die Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages", ist zugunsten innenpolitischer Aufgaben seit 1955 mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Seit 1958 ist die Nationale Front allerdings wieder verstärkt in die Infiltrationstätigkeit nach und in Westdeutschland und West-Berlin eingespannt. Sie arbeitet dabei streng nach den Weisungen des Politbüros und des ZK der SED. ...

Für "Verdienste um den Kampf für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland" wird vom Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front die "Ernst-Moritz-Arndt-Medaille" verliehen.<<

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 7. September 1949 im US-Radiosender "RIAS" zur Konstituierung des Bundestages (x112/768): >>... Es fehlen noch die 5 Fahnen und Wappen der Länder der ostdeutschen Zone, und es fehlt vielleicht auch noch die volle wirklich klare Erkenntnis, daß die Rückgewinnung des Ostens und Berlins, die Wiedergewinnung eines einheitlichen Deutschlands nicht ein Geschenk vom Himmel ist, sondern daß die Rückgewinnung der Einheit Deutschlands von uns erkämpft, erobert und erstritten werden muß.<<

12.09.1949

BRD: Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) wird am 12. September 1949 zum Bundespräsidenten gewählt.

Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland ist ein ungewöhnlich beliebter Politiker und wird von der Bevölkerung in den folgenden Jahren sehr verehrt und geachtet.

Bundespräsident Theodor Heuss, der sich wesentlich an der Formulierung des Grundgesetzes beteiligt hat, erklärt während seiner Antrittsrede vor dem deutschen Bundesrat und Bundestag am 12. September 1949 (x105/307-308): >>Niemand wird, so hoffe ich, mißdeuten, und mancher wird verstehen, wenn ich in dieser mich sehr bewegenden Stunde, die mein Leben verwandelt, zunächst sehr persönliche Dinge anspreche und zweier Männer gedenke:

Mein früh verstorbener Vater hat in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 1848 gegossen, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und uns einen Begriff davon gegeben, daß die Demokratie und Freiheit nicht bloße Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind.

Ich darf weiter an Friedrich Naumann denken, ... ohne den ich nicht das wäre, was ich bin, dem ich zumal das Wissen verdanke, das als Erbe in mir geblieben ist, daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen ihres Volkes getragen wird, und von dem ich gelernt habe, daß die soziale Sicherung mit die Voraussetzung der politischen Sicherung ist. ... Gestatten Sie mir noch ein persönliches Wort. In den Zeitungen habe ich in den letzten Tagen allerhand seltsame Dinge von mir lesen können, nette Sachen. Aber es wurde darin auch gesagt, mir fehle die Ellenbogenkraft, die zum Politiker gehöre.

Ich selber habe das Gefühl: Von der Ellenbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt. Ich betrachte es persönlich als einen Gewinn meines Lebens, im öffentlichen Leben tätig zu sein, daß ich die Worte so gebrauche, daß ich auf der Rechten wie auf der Linken persönliche Freundschaft und Vertrauensleute besaß, heute besitze und es wird so bleiben.

Mir scheint, daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellenbogen vertragen kann, sondern daß es den Sinn hat, über den Kämpfen, die kommen, die notwendig sind, die ein Stück des politischen Lebens darstellen, als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.

Wir sind eine Bundesrepublik. ... Wir wollen in Deutschland keinen Zentralismus haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. Wir wollen nicht den genormten Deutschen. Wir wollen diese Aussprache. Die Länder sollen ihr Eigenleben führen, aber nicht ihr Sonderleben, sondern im Verband des Gemeinen. ...

Ich habe selber zum Grundgesetz, als wir es berieten, den Antrag gestellt, daß wir uns als stellvertretend empfinden für die deutschen Brüder (im Osten), die an dieser Aufgabe nicht mitwirken konnten. Wir wissen gut genug, daß das Herausarbeiten aus unserer Situation, in der wir stecken, nicht bloß von uns geleistet wird, sondern daß hier eine Weltproblematik vorliegt, die mit dem Mächteschicksal der Anderen verbunden ist.

Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland. Wir wissen, daß wir im Geistigen ärmer geworden sind in der Hitlerzeit, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker abspernte.

Aber wir wissen auch dieses: Die Anderen würden ärmer auch ohne das, was Deutschland bedeutet.

Wir stehen vor großen Aufgaben, ein neues Nationalgefühl zu bilden. Es ist eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht in den Ressentiments versinken und stecken bleiben, in die das Unglück des Staates uns gestürzt hat.

Wir werden der hochfahrenden Hybris (dem frevelhaften Übermut) ausweichen müssen, die oft genug bei den Deutschen zutage getreten ist. Es ist ein seltsames deutsches Volk, das voll der größten Spannungen ist, wo das Subalterne neben dem Genial-Spekulativen und der großen Romantik steht.

Wir haben die Aufgabe, uns im politischen Raum zum Maß und zum Gemäßen zurückzufinden und unsere Würde neu zu bilden, die wir nie im Innern der Seele verloren. ...<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über Theodor Heuss (x051/251): >>Heuss, Theodor, geboren in Brackenheim 31.1.1884, gestorben in Stuttgart 12.12.1963, deutscher Politiker und Publizist; 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, 1912-18 Chefredakteur der "Neckar-Zeitung" in Heilbronn, 1920-33 Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin; 1918 Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und 1924-33 Mitglied des Reichstages. Heuss engagierte sich als Journalist und zeitweise 2. Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller für Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, setzte sich als Autor ("Hitlers Weg", 1932) wie als Politiker kritisch mit "Kümmlichkeit", Prinzipienlosigkeit und Irrationalismus des Nationalsozialismus auseinander.

Doch trotz grundsätzlicher Vorbehalte stimmte er im März 33 aus Fraktionsrason dem Ermächtigungsgesetz zu.

Noch 1933 verlor Heuss seine Dozentenstelle und sein Reichstagsmandat, bei der Bücherverbrennung flogen auch seine Schriften ins Feuer, dennoch konnte er lange Zeit weiter für deutsche Zeitungen schreiben (z.T. unter dem Pseudonym Thomas Brackheim); in den Kriegsjahren beschäftigte er sich besonders mit biographischen Arbeiten.

Gleich nach Kriegsende ging der als Antifaschist von den amerikanischen Besatzungsbehörden unterstützte Heuss wieder aktiv in die Politik, wurde 1945 Kultusminister von Württemberg-Baden und bemühte sich als Mitbegründer und 1. Vorsitzender der FDP erfolgreich um den Zusammenschluß der liberalen Parteien in den Westzonen.

Am 12.9.49 wurde Heuss zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik gewählt, für die er als volkstümlicher Landesvater ("Papa Heuss") im Innern und als hochgebildeter Weltmann im Ausland Sympathien erwarb.<<

13.09.1949

SBZ: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/97): >>Bis September 1949 wurde in der 2. Zone des Lagers immer noch die beim Russen so populäre Glatze geschnitten. Nur prominente Persönlichkeiten wie Barackenälteste, Blockälteste, Läufer, Ärzte und Sanitätspersonal durften lange Haare tragen. Damit wurde der Haß des einfachen Häftlings gegen diese Leute immer wieder entflammt. Oft gab es schwere Debatten über das Haarschneiden mit dem Kommandanten. Endlich, im September 1949, kam dann der Befehl, daß sämtliches

Glatzeschneiden zu unterbleiben hätte. ...

Am 13. September 1949 wurde ich dann geröntgt. Bis zu dieser Zeit gab es nämlich so etwas nicht. Bei mir stellte man eine schwache Verschattung der Lunge fest und ich wurde ... ins Revier eingeliefert. ... Dadurch konnte ich mein Gewicht von 46 auf 59 Kilo erhöhen.

Beim ersten Serienröntgen wurde ein trauriges Ergebnis erzielt. Von 10 Mann hatten in der ersten Zeit mindestens 8 oder 9 Mann Tuberkulose. ...<<

15.09.1949

BRD: Konrad Adenauer wird am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt.

Bundeskanzler Adenauer bildet daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stimme, seiner eigenen.

Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.

Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<

Der irische Journalist Terence Prittie (1913-1988) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer und den ersten Deutschen Bundestag (x073/245): >>... Bei dieser Regierung und im Parlament machte Adenauer seine Autorität geltend, eine Mischung aus väterlicher Fürsorge, schulmeisterlicher Strenge und klugem Menschenverstand, die ihm ohne offensichtliche Anstrengung gelang.

Unterbrechungen tat er mit lässiger Ironie ab. Seine Reden waren knapp und stets sachlich. Nahezu unveränderlich bewahrte er Gemütsruhe, auch wenn er ungewohnterweise von Zorn überwältigt wurde. Er konnte böse werden oder bissig oder giftig; ein "falscher" Ton schien sich dann in seine Stimme zu schleichen. Er besaß die Gabe, seinem Zorn Luft zu machen, während er äußerlich ruhig blieb.

Er war das genaue Gegenteil von einem Demagogen und gab so ein Beispiel, das dieses erste Parlament nach der Nazizeit ganz dringend brauchte.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Konrad Adenauer (x051/14): >>Adenauer, Konrad, geboren in Köln 5.1.1876, gestorben in Rhöndorf 19.4.1967, deutscher Politiker; trat 1906 der Zentrumspartei bei und wurde Beigeordneter im Kölner Stadtparlament.

1917-33 war Adenauer Oberbürgermeister seiner Heimatstadt und gewann als Mitglied des Preußischen Staatsrates (1920-33 dessen Präsident) in der Weimarer Republik großen politischen Einfluß, lehnte aber 1926 die Reichskanzlerschaft in der Nachfolge Luthers ab.

Als Katholik stand er dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber und wurde am 12.3.33 im Zuge der Gleichschaltung seines Amtes enthoben. Man warf ihm Mißwirtschaft vor und beschuldigte ihn des Separatismus, weil er im Ruhrkampf einen von Preußen (nicht vom Reich) gelösten rheinischen Freistaat angeregt hatte. 1934 vorübergehend in Haft, zog sich Adenauer ins Privatleben zurück, wurde aber 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat vom Zwanzigsten Juli 44 erneut inhaftiert, doch bald wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach dem Zusammenbruch baute er - kurzfristig wieder Kölner Oberbürgermeister - die CDU mit auf und wurde als Präsident des Parlamentarischen Rates einer der Väter des Grundgesetz-

zes.

Als 1. Bundeskanzler (15.9.49-16.10.63) stellte er sich dem schweren Erbe der NS-Zeit: u.a. Abkommen über Wiedergutmachung mit Israel, Verhandlungen in Moskau zur Freilassung der Kriegsgefangenen, Aussöhnung mit Frankreich, zog sich aber auch Kritik wegen zu großer Nachsicht mit Belasteten wie etwa Globke oder Oberländer zu.

Adenauer führte die Bundesrepublik ins westliche Bündnis, seine Ära begründete, nicht zuletzt dank wachsenden Wohlstands, eine stabile freiheitliche politische Kultur im Westteil Deutschlands.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x073/243): >>... Das Gewicht des ungewöhnlich hohen Alters, das die Brücke nicht nur zur Weimarer Republik, sondern bis zur wilhelminischen Epoche schlug, half dem ersten Bundeskanzler, seinen Stil und seine Autorität in den Augen der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und durchzusetzen.

Einige wenige klare Grundgedanken, an denen er stark und starr festhielt, machten die charakteristische Sicherheit aus, mit der Adenauer die politischen Möglichkeiten seines Amtes ergriff und festhielt. ...

Es war die klare Frontstellung des "Kalten Krieges". Aber nicht ein berüchtigter preußischer Militarist vom Schlage Wilhelms II. oder Hindenburgs repräsentierte sie, sondern ein bürgerlich-katholischer Zivilist, dessen Stärke im taktischen Geschick und in der Ausdauer lag, mit der er die Grundposition des Staates von 1949 gegenüber allen anderen Möglichkeiten behauptete und ausbaute: außenpolitisch die volle Westorientierung gegen Neutralismus und Wiedervereinigungsexperimente, innenpolitisch die Restaurierung des bürgerlichen Rechtsstaates gegenüber radikaldemokratischen und sozialistischen Ordnungsvorstellungen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302-304): >>... Wie das ostdeutsche Marionettenssemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte.

Schließlich konnte der Mann der ahnungslosen Nation jenseits des großen Wassers allerlei altes Neues über sich melden. Zum Beispiel:

Ich habe als Oberbürgermeister Kölns 1917 versichert, die Stadt werde "untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt" sein "und sich stets als Glied des deutschen Vaterlandes fühlen".

Ich habe 1919 proklamiert: "Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich ..."

Ich habe im Winter 1932/33 erklärt, "daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse."

Ich habe 1934 in einem Brief an Hitlers Innenminister meine Verdienste, meine jahrelangen Verdienste für die Naziartei betont. Ich habe die Partei des Führers schon in der Weimarer Republik "immer durchaus korrekt behandelt" und ich tat das im "Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen"! Ich bin ein Paradebeispiel für alle Beamten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ich, natürlich als Widerstandskämpfer, Oberbürgermeister von Köln, dann zwar von den britischen Behörden "wegen Unfähigkeit" bald wieder entlassen. Aber wie Harry Truman mit einem kleinen Krimskramsgeschäft bankrott machen und doch Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, so stieg auch ich, der infolge "Unfähigkeit" entlassene Kölner Bürgermeister, zum deutschen Bundeskanzler auf, mit besonderer Hilfe, wie ich hinzufügen möchte, der römisch-katholischen, der allein wahren Kirche.

Während Konrad Adenauer aber alsbald mit aller Intensität die geforderte Wiederaufrüstung betrieb, belog er - er mußte denn kein Politiker gewesen sein - systematisch die Deutschen, was schlicht unumgänglich war, weil die meisten einfach genug hatten vom Krieg, weil sie

schon jeder Uniformknopf unausstehlich anstank, geschweige mehr.

Die Wiederaufrüstung war, wie er, Adenauer, selbst zugeben mußte, trotz "aller Anstrengungen der Bundesregierung ... im deutschen Volk sehr unpopulär". Also machte er sich zum Sprecher des deutschen Volkes und redete mit jener Entschiedenheit, die Politiker immer bekunden, wenn sie lügen, "prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland", "strikt gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik".

"Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg" usw. Kurz, Adenauer war so pazifistisch wie Wilson bis 1917. Oder Roosevelt bis 1941. Oder wie Konrad Adenauer 1919. Und wie er fast alle Nazis, außer jenen, die nun mal in Nürnberg gehängt worden waren, wieder in Dienst nahm, wie er die Justiz mit hohen Nazirichtern, das Auswärtige Amt mit hohen Nazidiplomaten nur so überschwemmte, so eben auch die neue alte Truppe mit Nazigenerälen und -admirälen. Fast alle kamen sie wieder, nur jetzt natürlich nicht mehr für das Böse, sondern für das Gute wirkend. Sie alle hatten sich gewandelt, alle, ganz von innen her, wahrhaftig. Siehe, alles ist neu geworden ...

Wirklich, war es ein Wunder, daß Kanzler Adenauer, einmal von Vizekanzler Erhard gefragt, ob er denn das ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt halte, prompt die Gegenfrage stellte, ob Erhard etwa glaube, daß dem nicht so sei ...

Ein Staat kann nicht besser als seine Führung sein, jedenfalls nicht so lange, bis er das Gegenteil beweist. Adenauer bemühte sich nun, päpstlicher zu sein als der Papst. Als hochgedienter Knecht machte er sich dem Herrn gefällig.

Und während er eine Rüstungsbeschränkung nach der andern beseitigte, während er unentwegt Angst suggerierte, unentwegt drohte mit dem Menetekel der bolschewistischen Gefahr - wie schade, daß wir die Höhe seines Kontos nicht kennen -, lehnte er jedes Disengagement, jede Veränderung des Status quo, zum Beispiel in Berlin, starrsinnig ab, ein Zustand, den selbst Eisenhower "anomal und gefährlich" nannte.

Dafür harmonierte der deutsche Kanzler um so besser mit den US-Außenministern. Hatte er schon zu dem Bischofssohn Dean Acheson, der Trumans Containment-Politik betrieb, ausgezeichnete Beziehungen, so noch bessere zu dessen Nachfolger. Dulles und Adenauer, das waren zwei Seelen aus einem Stoff, verbohrt Antikommunisten mit einer starken Affinität zu Leuten wie Mussolini, dem Adenauer 1929 telegraphiert hatte, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen ... Für Hitler allerdings hatte der Beauftragte der US-Banken, Dulles, mehr getan als der Oberbürgermeister von Köln je hätte tun können. ...<<

20.09.1949

BRD: Bundeskanzler Adenauer sagt während seiner Regierungserklärung am 20. September 1949 (x058/399-400): >>... Auf Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat wartet eine außerordentlich große und umfangreiche Arbeit. Die Koalitionspartner sind sich völlig einig darin, daß sie sich immer von dem Bestreben leiten lassen werden, so sozial im wahrsten Sinne des Wortes zu handeln, wir irgend möglich.

Die Vertriebenen werden gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen Länder verteilt werden müssen. Wir wollen ferner mit allen Mitteln den Wohnungsbau in der energischsten Weise fördern, nicht, indem der Bund selbst baut, sondern indem er Mittel zur Verfügung stellt und darauf dringt, daß von den Ländern alle Möglichkeiten auf diesem Gebiete des Wohnungsbaues erschöpft werden. ...

Die deutsche Wirtschaft ist in der Vergangenheit groß und stark geworden durch ihre Facharbeiter und nicht zuletzt durch angewandte Wissenschaft. ... Die Bundesregierung wird, soweit ihre finanziellen Kräfte es erlauben, dafür eintreten, daß die wissenschaftliche Forschung in Deutschland gefördert wird. Und sie wird dann auch die deutsche Wirtschaft veranlassen, das gleiche zu tun. Nur wenn es gelingt, uns durch Leistungen auf dem Weltmarkt auszuzeichnen,

wird es möglich sein, auf ihm zu bestehen. ...

Die Förderung der Kapitalbildung, und zwar sowohl der Bildung von Sparkapital wie von Betriebskapital, wird unser vordringlichstes Ziel sein. Nur dann können wir erwarten, daß durch Freigabe von Gegenwertfonds und auf andere Weise das dringend benötigte ausländische Kapital zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft zur Verfügung steht.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft aber ist die vornehmste, ja einzige Grundlage für jede Sozialpolitik und für die Eingliederung der Vertriebenen. Nur eine blühende Wirtschaft kann die Belastungen aus dem Lastenausgleich auf die Dauer tragen.

Die sozial- und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien notwendig. Es scheint mir aber auch eine der wesentlichsten Grundbedingungen einer verständigen Sozialpolitik zu sein, den Fleißigen und Tüchtigen jede Aufstiegsmöglichkeit zu geben. Auf die Betonung dieser Aufstiegsmöglichkeiten legen wir den größten Wert. ...

Und nun lassen Sie uns übergehen zu Fragen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie.

Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der 3 Regierungen, das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland, haben ihre Absicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß. Wir können uns daher unter keinen Umständen abfinden mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat. ...

Wenn ich aber vom Frieden spreche, dann muß ich auf die Teilung Deutschlands zurückkommen. Ich fürchte, daß in Europa keine Ruhe eintreten wird, wenn sie nicht verschwindet. Sie ist durch die Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.

Lassen Sie mich in dieser Stunde mit besonderem Dank der Vereinigten Staaten von Nordamerika gedenken. Ich glaube nicht, daß jemals in der Geschichte ein siegreiches Land es versucht hat, dem besiegten Lande in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und noch tun. ...

Das deutsche Volk wird das dem amerikanischen Volk niemals vergessen dürfen und es wird es auch nicht vergessen.<<

21.09.1949

BRD: Das Besatzungsstatut der Alliierten tritt am 21. September 1949 in Kraft. Es schränkt die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wird schließlich durch die Pariser Verträge (1955) aufgehoben (Deutschlandvertrag).

In der BRD wird am 21. September 1949 die Lizenzpflicht für Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben. Jeder Westdeutsche kann jetzt Presseerzeugnisse ohne Zustimmung der Besatzungsmächte herausgeben.